

Die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Wissenschaft mit Familie fördern bedeutet Zukunft stärken!

Stellungnahme des *Familie in der Hochschule e.V. (FidH)*

Eckpunkte zur Bundestagswahl 2025

Das Netzwerk *Familie in der Hochschule e.V. (FidH)* mit mehr als 150 Mitgliedsinstitutionen verfolgt das Ziel, die Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Wissenschaft mit Familienaufgaben im deutschsprachigen Hochschulraum zu verankern und weiter zu entwickeln. Unser Verständnis von „Familie“ hebt sich von einem klassisch traditionellen Familienbegriff ab und greift die längst gelebte differenzierte Wirklichkeit auf:

Familie ist vielfältig. Familie beinhaltet alle Lebensformen, in denen Menschen soziale Verantwortung, Fürsorge und Solidarität leben und erfahren.

Unser Netzwerk orientiert sich an den Bedürfnissen von Studierenden, Beschäftigten, Lehrenden und Forschenden. Wir verstehen uns als Vorreiter*innen einer gesellschaftlichen Entwicklung zu mehr Familienorientierung, Chancengerechtigkeit und Wertschätzung von Vielfalt.

Hochschulen nehmen eine zentrale Schlüsselfunktion in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ein:

- Sie sind eine der wichtigsten Grundlagen für Innovation, gesellschaftlichen Wandel und Fachkräftesicherung.
- Sie bilden qualifizierte Absolvent*innen aus, die die Basis für die Weiterentwicklung von Unternehmen, Wirtschaft und Verwaltung bilden.
- Forschung und Lehre sind international, offen und keine geschlossenen Systeme.
- Hochschulen haben eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, sich für Vielfalt und Demokratie und gegen populistische und rechtsextreme Strömungen einzusetzen. Wir positionieren uns daher deutlich gegen radikale Ideologien und „Verschwörungstheorien“.

Als ***Familie in der Hochschule e.V.*** stellen wir uns dieser Verantwortung, um das Thema Vereinbarkeit mit familiärer Fürsorge in Hochschulen in der öffentlichen Wahrnehmung von Gesellschaft und Politik zu etablieren.

- *Familie in der Hochschule e.V.* ist auf das Hochschul- und Wissenschaftssystem zugeschnitten. Wir orientieren uns mit unseren Aktivitäten und Angeboten an den Bedürfnissen aller Bedarfsgruppen, die Teil dieses Systems sind.
- Wir verstehen uns als Spezialist*innen und Ansprechpartner*innen für familienpolitische Themen auch außerhalb der Hochschulen. Wir stehen stellvertretend für die Interessen aller Menschen mit Care-Aufgaben.
- Wir fördern und unterstützen Vielfalt, soziale Verantwortung und Solidarität.
- Wir distanzieren uns von diskriminierenden und Ungleichheit fördernden Rollenmustern.

Wir fordern:

Arbeit, Studium, Forschung und wissenschaftliche Karrieren müssen für *alle* Hochschulangehörigen vereinbar mit Care-Aufgaben sein. Wenn wir gute Fachkräfte haben wollen, brauchen wir eine gute und hochschuladäquate Infrastruktur und Angebote für Familien. Rahmenbedingungen und Infrastruktur müssen weiter kontinuierlich ausgebaut und verbessert werden. Das bedeutet:

- Wir benötigen eine **auskömmliche und dauerhafte Finanzierung** der Familienservice- und -beratungsstellen inklusive ihrer Angebote an den Hochschulen.
- In einer gesundheitsfördernden Umgebung lässt es sich besser lernen, forschen und arbeiten. Familiäre Fürsorge geht jedoch häufig mit extremen Belastungen einher. Ein gut ausgestattetes **Gesundheitsmanagement** der Hochschulen, insbesondere mit **professionellen psychosozialen Beratungs- und Entlastungsangeboten**, ist daher auch zur Unterstützung von Familien unerlässlich.
- **Hochschuladäquate Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen** müssen weiter ausgebaut statt eingeschränkt werden. Sie sind eine notwendige Ergänzung der kommunalen Angebote und unterstützen Ausbildung und Gewinnung von dringend benötigten Fachkräften für Unternehmen und Verwaltung.
- Alle Hochschulen müssen Studierenden mit Care-Aufgaben chancengleiche Teilhabe gewähren. Um auch diesen Studierenden einen **Nachteilsausgleich** zu ermöglichen, ist daher eine Ergänzung des § 2 Abs. 4 HRG dringend notwendig.
- Studierende mit Care-Aufgaben benötigen eine reale und **sichere Finanzierung ihres Lebensunterhaltes**, angelehnt an das Regelbedarfsniveau des existenzsichernden Minimums, gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 SGB II.
- Die Begrenzung des geldwerten Vorteils für Angebote des Arbeitgebers für Familien mit schulpflichtigen Kindern muss abgeschafft werden. Wir fordern **eine Steuerfreiheit für Kinderbetreuungskostenzuschüsse** gemäß §3 Nr. 33 EStG für alle Familien mit Kindern im betreuungspflichtigen Alter.
- Das **Elterngeld** fördert die gleichberechtigte Rollenverteilung und weibliche Karrieren auch in der Wissenschaft. Um die Attraktivität dieses Modells zu erhöhen, braucht es unbedingt eine an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasste **Erhöhung des Höchstbetrages**.
- Väter wollen von Anfang an für ihre Kinder sorgen und die Mütter unterstützen: Daher fordern wir, den bereits geplanten 10tägigen bezahlten **Vaterschaftsurlaub (Familienstartzeit)** – ab der Geburt des Kindes einzuführen – und damit die EU-Richtlinie 2019/1158 endlich auch in Deutschland umzusetzen.
- Pflegende Angehörige tragen statistisch gesehen ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Insbesondere Frauen reduzieren häufiger dauerhaft ihre Arbeitszeit. Die entstehende Einkommenslücke wird nicht durch die Zahlungen der Pflegekassen ausgeglichen, da private Pflege deutlich schlechter vergütet wird als die professionelle Pflege. Eine **Anpassung der Familienpflegezeit**, angelehnt an die Elterngeldregelung, ist daher zwingend notwendig, ebenso wie der **Ausbau des Anspruchs auf Pflegeunterstützungsgeld auf 15 Arbeitstage** jährlich.